

## Infobogen 14.1.2.2

### Von der Deutschen Arbeiterpartei (DAP) zur NSDAP

Am 5. Januar 1919 gründeten der Werkzeugschlosser Anton Drexler und der Sportjournalist Karl Harrer in München die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), wobei Harrer Reichsvorsitzender und Drexler Vorsitzender der Münchner Ortsgruppe wurde. Die Geschäftsführung der DAP sollte bei einem leitenden Ausschuss liegen. Adolf Hitler besuchte in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann für die Nachrichtenabteilung des (bayerischen) Reichswehrgruppenkommandos 4 am 12. September 1919 eine DAP-Versammlung und trat in der zweiten Septemberhälfte der Partei dessen Leitungsausschuss bei. In der DAP wirkte Hitler zunächst als Werbeobmann und Redner. Zusammen mit Drexler, der nach dem Ausscheiden Harrers am 5. Januar 1920 DAP-Vorsitzender wurde, formulierte Hitler ein Parteiprogramm aus. Dessen wirtschaftspolitische Teile, insbesondere die Formel von der „Brechung der Zinsknechtschaft“, gehen auf den Ingenieur Gottfried Feder zurück. Deutliche Ähnlichkeiten bestehen daneben zum im Dezember 1918



veröffentlichten Programmentwurf „zur Gründung einer deutsch-sozialistischen Partei“ des Ingenieurs Alfred Brunner. Insgesamt veranschaulichen die thesenartigen 25 Punkte, wie die NSDAP nationalistische und sozialistische Ideen zu einer völkischen Rhetorik verschmolz, welche große Massen der deutschen Bevölkerung ansprechen sollte. Bei einer öffentlichen Veranstaltung im Münchner

Hofbräuhaus mit etwa 2.000 Teilnehmern verlas Hitler am 24. Februar 1920 das 25-Punkte-Programm. → **Unterrichtsmaterial 14.1.1.1**

Am selben Tag wurde die 1919 gegründete Deutsche Arbeiterpartei (DAP) in „**Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei**“ (*NSDAP*) umbenannt.

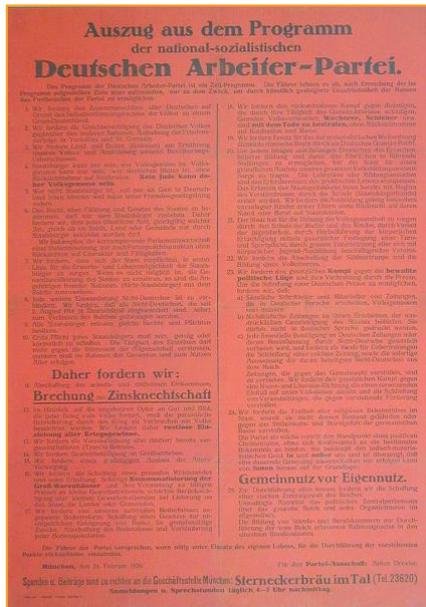
In seinen ersten drei Punkten richtete sich das Programm gegen den Versailler Vertrag und den Vertrag von Saint-Germain, die ein Anschlussverbot für Österreich vorschrieben. Gefordert wurde ein „Zusammenschluß aller Deutschen“ zu einem Groß-Deutschland, wozu man sich durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker berechtigt sah. Auch die Rückgabe der deutschen Kolonien, die der Versailler Vertrag unter ein Mandat des Völkerbunds gestellt hatte, wurde gefordert, da sie „zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses“ notwendig seien.

Die Punkte 4 bis 8 waren antisemitisch geprägt. Juden – durch das Programm nicht religiös oder kulturell, sondern rassistisch definiert – sollten aus der deutschen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen und unter Fremden gesetzgebung gestellt werden. Von der Gesetzgebung und von Regierungsämtern sollten sie ausgeschlossen werden, im Falle einer Ernährungskrise sollten sie ausgewiesen werden können. In diesem Zusammenhang sprach sich das Programm auch gegen den angeblich korrumpierenden Parlamentarismus mit seinem Parteienproporz aus. Auch das Einwanderungsverbot für Nicht-Deutsche in Punkt 8 richtete sich gegen Juden.



## Den Nazis eine schallende Ohrfeige versetzen

In Punkt 9 und 10 war von den Rechten und Pflichten der Staatsbürger die Rede. Sie müssten für alle Staatsbürger gleich sein, wie es auch in der Weimarer Reichsverfassung garantiert war. Außerdem wurde eine Pflicht, „geistig oder körperlich zu schaffen“ stipuliert, die „zum Nutzen aller erfolgen“ solle. Hier klang bereits der Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ an, der fettgedruckt in Punkt 24 aufgeführt wird.



Die Punkte 11 bis 18 beschäftigten sich mit der Umsetzung dieses Gemeinnutzprinzips. Einleitend, und wiederum fettgedruckt, wurde in Punkt 11 eine Brechung der Zinsknechtschaft gefordert. Die nachfolgenden Forderungen betrafen die „Einziehung der Kriegsgewinne“ (Punkt 12), die Verstaatlichung der Trusts (Punkt 13), eine Gewinnbeteiligung an Großbetrieben (Punkt 14), einen Ausbau der Altersversorgung (Punkt 15), Kommunalisierung der großen Warenhäuser zugunsten kleiner Gewerbetreibender, die bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen besonders zu berücksichtigen seien (Punkt 16), eine Bodenreform, die die Möglichkeit schaffen sollte, Boden für gemeinnützige Zwecke entschädigungslos zu enteignen (Punkt 17), die Todesstrafe für „Wucherer und Schieber“ (Punkt 18).

Punkt 19 verlangte, das ganze Römische Recht, das angeblich dem Materialismus diene, durch ein „deutsches Gemeinrecht“ zu ersetzen. Punkt 20 beschäftigte sich mit der Bildungspolitik, die allen Deutschen die Chance auf einen Aufstieg durch höhere Bildung zu geben hätte, etwa indem der Staat die Ausbildung begabter Kinder aus sozial schwachen Familien finanzierte. Die Lehrpläne sollten auf praktische Lebensfragen umgestellt werden und auch Staatsbürgerkunde enthalten. Besonderer Wert wurde auf den Sport gelegt, zu dem Punkt 21 im Sinne der „Hebung der Volksgesundheit“ alle Bürger verpflichtete; demselben Ziel sollten Mutterschutz, Kinderschutz, „Verbot der Jugendarbeit“ und eine staatliche Förderung von Sportvereinen für Jugendliche dienen. In Punkt 22 wurde mit der „Bildung eines Volksheeres“ die Wiedereinführung der vom Versailler Vertrag verbotenen Wehrpflicht verlangt.

Punkt 23 forderte die Einführung einer Pressezensur; Juden sollte die Arbeit in Zeitungen und die finanzielle Beteiligung an ihnen untersagt werden, besondere Kontrollbestimmungen seien für ausländische Presseerzeugnisse einzurichten. Punkt 24 forderte eine Einschränkung der Religionsfreiheit, die nicht den Bestand des Staates gefährden „oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen“ dürfe. Die Partei bekannte sich zu einem „positiven Christentum“ und zur Bekämpfung des „jüdisch-materialistischen Geistes in und außer uns“ – eine Formulierung, die auf Dietrich Eckart zurückging. Gemeinnutz gehe vor Eigennutz.



Punkt 25 verlangte schließlich, eine starke Zentralgewalt des Reiches zu schaffen; das „politische Zentralparlament“ müsse die Autorität gegenüber den Bundesstaaten haben. In diesen seien „Stände- und Berufskammern“ einzurichten, die die Rahmengesetze der Zentrale umsetzen sollten. Abschließend gelobten die Führer der Partei, für die Durchführung der 25 Programmpunkte „wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens rücksichtslos einzutreten“.

### Folgen

In der Praxis blieb das Parteiprogramm ohne Bedeutung. Größere Beachtung fanden stets die Reden der führenden Nationalsozialisten und die Berichterstattung der Presse. Gleichwohl wurden einige Punkte später politische Wirklichkeit, wie etwa der Entzug der Staatsbürgerschaft für Juden in den Nürnberger Gesetzen von 1935 und ihre Deportation aus Deutschland ab 1941.

Die Punkte 11 bis 18 behandelten wirtschafts- und sozialpolitische Themen. Nachdem Hitler 1924, ein Jahr nach seinem misslungenen Putsch, vorzeitig aus der Festungshaft entlassen worden war, versuchte er Spender in Unternehmerkreisen für den Wiederaufbau der NSDAP zu gewinnen. Forderungen nach Verstaatlichung, Gewinnbeteiligung und einer „Brechung der Zinsknechtschaft“ waren hierbei nicht förderlich.

1926 kam es zu heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen mit dem linken Parteiflügel um die Brüder Otto Strasser und Gregor Strasser, die Hitler auf der Bamberger Führertagung für sich entschied. Anschließend wurde das Programm für „unabänderlich“ erklärt. Um klarzustellen, dass das Wirtschaftskonzept der NSDAP weder antikapitalistisch noch sozialistisch war, ließ er 1928 dem Parteiprogramm die Erklärung hinzufügen, nach der „gegenüber den verlogenen Auslegungen von seiten unserer Gegner ... die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht“. Dennoch blieben Änderungen nicht aus. Hitler erteilte zum einen der Forderung nach Kolonien (Punkt 3) eine Absage: Im zweiten Band von „Mein Kampf“, der Ende 1926 erschien, kündigte er stattdessen die Eroberung von Lebensraum im Osten auf dem Gebiet der Sowjetunion an.

Der Industrielle Manager Martin Blank schrieb im November 1929 an Paul Reusch, das Programm sei „überholt“. Die sozialdemokratische Zeitung „Das freie Wort“ analysierte 1931 die NS-Propaganda und kam zu dem Ergebnis, dass die schiere Existenz des Parteiprogramms der NSDAP – „vielleicht unsere beste Waffe überhaupt in diesem Kampfe“ – zu wenig bekannt sei. Als nach dem Erfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom September 1930 über eine Einbindung der NSDAP in die Regierungsverantwortung diskutiert wurde, nannte Jakob Wilhelm Reichert vom Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller als Bedingung, die NSDAP müsse „ihr halb sozialistisches und halb nebelhaftes Parteiprogramm“ aufgeben und „in wahrhaft konservativem Sinne“ arbeiten. Obwohl das propagandistische Schlagwort von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ auch bis lange nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ Teil des nationalsozialistischen Jargons blieb, war der Inhalt schon früh wesentlich geändert worden, so dass es statt um Aufhebung jeglichen Zinses lediglich um Zinssenkung bzw. „gerechten Zins“ ging. Dies wurde von zeitgenössischen Kritikern wie Gustav



## Den Nazis eine schallende Ohrfeige versetzen

---

Stolper, der dies als eine „weise Mäßigung“ bezeichnete, spöttisch zur Kenntnis genommen.

Unter Verwendung von Texten DHM und wikipedia